



Frau Gemeindevertretervorsitzende Reul-Friedrich
Gemeinde Hammersbach
- Rathaus -
Köbler Weg 44
63546 Hammersbach

Die Fraktionsvorsitzenden
Hammersbach, 15.05.2026

Sehr geehrte Frau Gemeindevertretervorsitzende Reul-Friedrich,
sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund der aktuellen Entwicklungen rund um die geplante Schließung des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes in Bruchköbel bitten wir darum, die nachfolgende gemeinsame Resolution von CDU und Bündnis 90/Die Grünen Hammersbach auf die Tagesordnung der Gemeindevertretersitzung am Montag, den 18.05.2026, aufzunehmen.

Es wird beantragt. Die Gemeindevertretung möge beschließen:

Gemeinsame Resolution der Gemeindevertretung Hammersbach zum Erhalt des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes in Bruchköbel

Die Gemeindevertretung Hammersbach fordert die Kassenärztliche Vereinigung Hessen auf, den Ärztlichen Bereitschaftsdienst in Bruchköbel dauerhaft zu erhalten und auf eine Schließung beziehungsweise Zentralisierung des Standortes zu verzichten.

Der Ärztliche Bereitschaftsdienst in Bruchköbel ist ein wichtiger Bestandteil der wohnortnahen medizinischen Versorgung – auch für viele Bürgerinnen und Bürger aus Hammersbach und weiteren umliegenden Kommunen. Eine Verlagerung nach Hanau würde längere Wege, zusätzliche Wartezeiten und eine schlechtere Erreichbarkeit medizinischer



Hilfe außerhalb regulärer Praxiszeiten bedeuten. Besonders betroffen wären ältere Menschen, Familien mit Kindern, chronisch Kranke sowie Menschen mit eingeschränkter Mobilität.

Hinzu kommt, dass die medizinische Infrastruktur in der Region bereits erheblich unter Druck geraten ist. Nach der Schließung wesentlicher Bereiche des Mathilden-Hospitals in Büdingen – darunter Notaufnahme, Intensivstation sowie Chirurgie und Innere Medizin – wäre der Wegfall des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes in Bruchköbel ein weiterer schwerwiegender Einschnitt in die wohnortnahe Versorgung im Main-Kinzig-Kreis.

Der Ärztliche Bereitschaftsdienst trägt zudem wesentlich zur Entlastung der Notaufnahmen bei und ist damit ein zentraler Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Die Gemeindevertretung Hammersbach fordert die Kassenärztliche Vereinigung Hessen weiterhin auf, die Auswirkungen einer möglichen Schließung transparent offenzulegen, die betroffenen Kommunen und den Main-Kinzig-Kreis frühzeitig in weitere Planungen einzubeziehen sowie gemeinsam tragfähige Lösungen für eine weiterhin wohnortnahe Bereitschaftsversorgung zu entwickeln. Ergänzende Versorgungsmodelle wie mobile Angebote, Kooperationen oder telemedizinische Unterstützung dürfen dabei allenfalls ergänzend und nicht als Ersatz für eine wohnortnahe Anlaufstelle verstanden werden.

Die Gemeindevertretung Hammersbach bittet den Gemeindevorstand, diese Resolution an die Kassenärztliche Vereinigung Hessen, den Main-Kinzig-Kreis sowie die zuständigen Stellen auf Landesebene weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Sandra Gerbert
Fraktionsvorsitzende

Alexander Kovacsek
Fraktionsvorsitzender